

Niederländischer Regierungschef Mark Rutte zu Gast im EU-Parlament in Straßburg

„Unseren Ruf nach mehr Finanzausstattung versteht er leider nicht“

Nach Emmanuel Macron (Frankreich) und Xavier Bettel (Luxemburg) hat nun auch der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte das EU-Parlament in Straßburg besucht.

Rutte ist ein ausgesprochener Pro-Europäer. Von den fünf Varianten zur Zukunft Europas, die EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vorgeschlagen hat, präferiert Rutte eindeutig die Variante „Weniger, aber effizienter“. Unseren Ruf nach mehr Finanzausstattung (aufgrund der gewachsenen Anzahl an Aufgaben, die wir von den Mitgliedstaaten – also auch von ihm – übertragen bekommen haben) versteht er allerdings nicht oder will er nicht verstehen. Das ist bei der Debatte klar geworden. Die Strukturfonds und die Agrarbeihilfen findet Rutte extrem wichtig. In welchem EU-

Ausgabenbereich er aber dann kürzen will, darüber hat er sich selbst auf Nachfrage nicht geäußert. Da tut sich bei mir natürlich die Frage auf: Wie passt das zusammen?

Immerhin hat sich Rutte aber überhaupt geäußert und damit eine Diskussionsbasis in die Welt gesetzt. Das finde ich schon mal sehr gut! Zudem sprach sich Rutte gegen eine Transferunion aus. Finanzschwache Mitgliedstaaten sollten zunächst „vor der eigenen Haustüre kehren“. Dann könne über Nachbarschaftshilfe nachgedacht werden. Das sehen wir in der CDU/CSU-Gruppe genauso. Offenbar vergisst der niederländische Regierungschef aber, dass Holland aufgrund von Steuervergünstigungen für Großunternehmen zu Steuerflucht beiträgt und damit durchaus für Haushaltslücken in anderen EU-Ländern mitverantwortlich ist.

Obergrenze für Telefon-Gebühren ins EU-Ausland

„Eigentlich wollten wir die Gebühren ganz abschaffen“

EU-Auslandstelefonate sollen deutlich billiger werden: Ab Mai 2019 dürfen sie nach einer neuen Regelung maximal 19 Cent pro Minute kosten.

Zwar ist der Gesetzgebungsprozess noch nicht komplett abgeschlossen (das Plenum des EU-Parlaments und die 28 Mitgliedsländer müssen noch „unterschreiben“), aber zumindest haben sich unsere Unterhändler bereits auf diese neue Regel geeinigt. Auch für Kurzmitteilungen in die EU werden wir eine Obergrenze einführen. Künftig darf eine SMS höchstens sechs Cent kosten.

Die Roaming-Tarife (also die Nutzung eines Mobiltelefons im EU-Ausland) sind bereits begrenzt: Wer in einem ande-

ren EU-Mitgliedstaat mit seinem Handy telefoniert oder im Internet surft, zahlt seit letztem Sommer nicht mehr als im eigenen Land. Für Telefonate aus dem Heimatland in ein anderes EU-Land wollten wir diese Regelung eigentlich auch durchsetzen. Das ging den Mitgliedstaaten aber zu weit – die Zusatzgebühren gänzlich zu verbieten, haben sie nicht mitgemacht. Deswegen bin ich mit der jetzt gefundenen Lösung einigermaßen zufrieden. Immerhin bewegt sich etwas und wir kommen unserem Ziel, die Auslandsgebühren komplett abzuschaffen, ein Stück näher. Nach Angaben von Verbraucherschützern zahlen manche Kunden derzeit nämlich noch bis zu 14,90 Euro für ein zehnminütiges Telefonat ins EU-Ausland.

Aus dem Europäischen Parlament

Europawahl 2019: Sperrklausel und Reduzierung der Abgeordneten-Mandate

„Von wegen aufgeblähter EU-Apparat!“

Nach dem Brexit soll die Anzahl der EU-Abgeordneten von 751 auf 705 sinken.

Das haben wir vergangene Woche in Straßburg beschlossen. 46 der 73 britischen Sitze werden für mögliche EU-Erweiterungen in die Reserve gestellt. Die verbleibenden 27 Sitze sollen auf 14 leicht unterrepräsentierte EU-Länder, darunter Spanien, Frankreich und Italien, verteilt werden.

Mit seinen künftig 705 Abgeordneten hat das Europäische Parlament übrigens vier Mandatsträger weniger als der Deutsche Bundestag. Dieser hat sich bei der letzten Wahl auf 709 Sitze vergrößert. Das nur mal zum Vergleich, da immer so viel vom „aufgeblähten“ EU-Apparat gesprochen wird. Übrigens kann sich auch die EU-Kommission mit ihrer Mitarbeiterzahl sehen lassen: etwa 30.000 Beamte arbeiten in der Brüsseler Behörde. Zum Vergleich: Die Stadt München beschäftigt 32.000 Mitarbeiter, Ham-

burg hat 75.000 und die Stadt Berlin über 100.000 Mitarbeiter.

Unser Beschluss von vergangener Woche ergänzt die beschlossene EU-Wahlrechtsreform, welche den Einzug von Kleinstparteien ins Europaparlament verhindern soll. Da es die Mitgliedstaaten nun leider versäumt haben, sich rechtzeitig zu einigen, wird das neue Wahlrecht wohl erst 2024 zum Zuge kommen. Die Leitlinien der sogenannten Venedig-Kommission des Europarates sehen nämlich vor, dass es in den zwölf Monaten vor einer Wahl keine grundlegenden Wahlrechtsänderungen mehr geben sollte.

Die deutsche Bundesregierung muss sich jetzt überlegen, ob sie die Sperrklausel, die zwischen zwei und fünf Prozent liegen darf, trotzdem schon für die kommenden Europawahlen einführt. Auch auf das Risiko hin, dass sich irgendjemand beim Bundesverfassungsgericht beschwert. Wir werden dann sehen, wie (und vor allem wann!) die Richter entscheiden werden.

Europäisches Satellitennavigationssystem Galileo bald voll einsatzbereit

14 Satelliten schon in Betrieb – vier in der Testphase

2020 werden voraussichtlich alle Dienste von Galileo verfügbar sein. Galileo ist ein im Aufbau befindliches, teilweise schon operationelles, europäisches Satellitennavigationssystem unter ziviler Kontrolle, das weltweit Daten zur genauen Positionsbestimmung liefert. Derzeit sind 14 Satelliten im Betrieb, vier Satelliten bis Mitte 2018 in der Testphase und ein Satellit im Reservemodus, aus dem er

jederzeit wieder in Betrieb geschaltet werden kann. Die Gesamtkosten für Galileo betragen bis 2020 etwa 9,5 Milliarden Euro, wovon der Anteil Deutschlands bei ungefähr 1,9 Milliarden Euro liegt. An der Finanzierung sind neben der EU auch Norwegen und die Schweiz beteiligt. Die Daten, die Galileo liefert, werden in Zukunft auch für die Erhebung der deutschen Maut genutzt.

Broschüre informiert über Rechte von Busreisenden in der EU: Die EU-Gesetzgeber haben auch die Rechte von Busreisenden in einer Fahrgastrechteverordnung EU-weit einheitlich geregelt. Darin ist etwa festgeschrieben, welche Entschädigungen gezahlt werden müssen, wenn sich der Bus erheblich verspätet, ausfällt, wenn das Gepäck verloren geht oder ein Unfall passiert. Uneingeschränkt gilt die Verordnung bei Strecken über 250 Kilometern Länge, wenn es sich um einen Linienverkehr mit festen Fahrplänen und Haltestellen handelt und sich Ankunfts- oder Abfahrtsort in einem EU-Land, Island, Norwegen oder Liechtenstein befinden. Das Europäische Verbraucherzentrum Deutschland (EVZ) hat eine Broschüre herausgegeben, in denen die Rechte der Buspassagiere erklärt werden. Etwa, wann ein Anspruch auf Hilfsleistungen wie Imbiss, Getränke, Hotelübernachtung oder kostenlose Beförderung zur Unterkunft besteht. Hier kann die Broschüre heruntergeladen werden: https://www.evz.de/fileadmin/user_upload/eu-verbraucher/PDF/Broschueren/Mit_dem_Bus_durch_Europa__2017_.pdf

Aus dem Europäischen Parlament

EU-weit einheitliche Mautregeln auf dem Weg

Klarer Sieg für streckenbasiertes Mautsystem

Der Verkehrsausschuss des EU-Parlaments hat sich meiner langjährigen Forderung angeschlossen und mit großer Mehrheit dafür gestimmt, dass Mautgebühren in Europa künftig nur noch streckenabhängig erhoben werden dürfen.

Damit werden meiner Meinung nach die Infrastrukturkosten gerecht auf die Nutzer verteilt: Wer mehr fährt, zahlt auch mehr. Ebenso soll der CO₂-Ausstoß künftig bei der Maut-Berechnung eine Rolle spielen, wenn ein Mitgliedstaat eine Straßengebühr erhebt. Ob er überhaupt eine Maut verlangt und wie hoch die dann ist, soll ihm aber selbst überlassen sein.

Falls wir uns mit dem Entwurf durchsetzen, kann die Bundesregierung ihr vignettenbasiertes System begraben! Ich rate ihr dringend, die Zeichen der Zeit nicht zu ignorieren:

Es wäre absolut kontraproduktiv, ein zeitabhängiges Vignettensystem in Deutschland einzuführen, wo wir in „Brüssel“ bekanntermaßen an einem streckenbasierten System „basteln“. Die Umstellungskosten und die damit verbundene Bürokratie – das muss nun wirklich nicht sein!

Da ich schon am Meckern bin, muss ich auch gleich noch meinem Unmut über die Idee der Staugebühren Luft machen! Der vom Ausschuss verabschiedete Entwurf sieht vor, dass die Mitgliedsländer zusätzlich zur Maut auf besonders befahrenen Strecken Staugebühren erheben können. Und das bis zu 198 Cent zusätzlich pro Kilometer! Wenn dieser Irrsinn weiterhin im Entwurf bestehen bleibt und so ins Plenum kommt, wird die gesamte deutsche Gruppe der EVP-Fraktion gegen das Papier stimmen, egal, was noch alles drinsteht. Darauf haben wir uns schon verständigt.

In Planung: Verbindliche Abgaswerte für schwere Nutzfahrzeuge

„Über die genauen Grenzwerte beraten wir bereits“

Bald wird es auch für Lkw verbindliche Ziele zur Senkung der CO₂-Werte geben. Der erste Schritt dazu ist nun getan.

Obwohl schwere Lkw für mehr als 40 Prozent der Emissionen im Straßenverkehr verantwortlich sind, gab es bisher – anders als für Pkw – keine verpflichtende Deckelung der Abgaswerte. Das soll sich bald ändern. Vergangene Woche haben wir neue EU-Vorschriften für Emissionen durch Nutzfahrzeuge auf den Weg gebracht. Die Regelung schreibt den Herstellern von Lkw vor, ab übernächstem Jahr für neu produzierte Fahrzeuge die Abgaswerte und

den Spritverbrauch zu erfassen und zu veröffentlichen. Ab 2021 sollen diese Vorschriften auch für Busse gelten. Über die genauen CO₂-Grenzwerte, die in einigen Jahren eingeführt werden sollen, beraten wir bereits.

Als großen Erfolg für die EVP-Fraktion verbuche ich die Liste der technischen Parameter, die künftig offengelegt werden muss. Wir konnten durchsetzen, dass nur die emissionsrelevanten Daten dazugehören, nicht aber andere sensible Daten, die der Konkurrenz der europäischen Hersteller (namentlich aus China!) in die Hände spielen. Das hätte die Wettbewerbsfähigkeit unserer Produzenten ernsthaft gefährdet!

Deutschland für zwei Jahre als Mitglied in den Weltsicherheitsrat gewählt: Deutschland ist bei einer Abstimmung in der UN-Vollversammlung als eines von zehn nicht-ständigen Mitgliedern in den UN-Sicherheitsrat gewählt worden. Der UN-Sicherheitsrat ist das einzige Organ der Vereinten Nationen, das rechtlich bindende Vereinbarungen für die Staatengemeinschaft treffen kann. Nur die fünf ständigen Mitglieder USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien besitzen ein Veto-Recht. Mit dem Ausscheiden Großbritanniens aus der EU wird Frankreich also das einzige EU-Land mit ständigem Sitz im Weltsicherheitsrat sein. Zuletzt saß Deutschland 2011 und 2012 in dem Gremium und sorgte für Aufruhr mit seiner Enthaltung in der Abstimmung über den Kriegseinsatz in Libyen.

Bundesverkehrsministerium fördert umweltfreundliche Lkw

10 Millionen Euro pro Jahr für energieeffiziente und CO2-arme Lkw

Es gibt eine neue Förderrichtlinie für energieeffiziente und/oder CO2-arme Lkw. Erste Anträge können voraussichtlich schon im Juli beim Bundesamt für Güterverkehr (BAG) gestellt werden.

Die Finanzspritze soll Speditionen dabei unterstützen, auf umweltfreundliche Lkw umzusteigen. Gefördert wird die Anschaffung von Lkw und Sattelzugmaschinen mit Erdgasantrieb (CNG), Flüssigantrieb (LNG) oder bestimmten Elektroantrieben (reine Batterieelektrofahrzeuge und Brennstoffzellenfahrzeuge), die für den Güterverkehr bestimmt sind und deren zulässiges Gesamtgewicht mindestens 7,5 Tonnen beträgt.

Die Fahrzeuge müssen als serienmäßiges Neufahrzeug in einem EU-Mitgliedstaat zum Verkauf angeboten werden und sie müssen außerdem über das zum Zeitpunkt

der Anschaffung in den Unionsnormen vorgeschriebene Umweltschutzniveau hinausgehen oder – beim Fehlen solcher Normen – den Umweltschutz verbessern. Die Höhe des Zuschusses ist abhängig von der Antriebsart. Pro Lkw und Sattelzugmaschine beträgt dieser pauschal 8.000 Euro für CNG, 12.000 Euro für LNG und E-Antriebe für Fahrzeuge bis 12 Tonnen, 40.000 Euro für E-Antriebe für Fahrzeuge ab 12 Tonnen.

Pro Unternehmen ist der Zuschuss auf 500.000 Euro begrenzt. Allein im Jahr 2018 stehen 10 Millionen Euro für das Förderprogramm zur Verfügung. Es ist zunächst bis zum Ende des Jahres 2020 befristet. Die Förderrichtlinie finden Sie unter folgendem Link: <http://www.bmvi.de/UmweltfreundlicheLkw>. Übrigens: Ab Januar 2019 sollen Elektro-Lkw in Deutschland komplett von der Lkw-Maut befreit werden.

Wettbewerb „Erfolgreich vernetzt in Europa“

Vielfältig vernetzte Kommunen und Regionen werden ausgezeichnet

Das Bundesinnenministerium lobt erstmalig den Wettbewerb „Erfolgreich vernetzt in Europa – gemeinsam Städte und Regionen gestalten“ aus und prämiert vier Kommunen und Regionen, die in Europa vielfältig vernetzt sind. Zur Teilnahme eingeladen sind bundesweit Kommunen und Regionen jeder Größe, die mit europäischen Partnern Projekte und Aktivitäten mit raumentwicklungspolitischer Relevanz, zum Beispiel in den Bereichen Daseinsvorsorge

und (soziale) Infrastruktur, Energie und Klimawandel oder Mobilität und Verkehr, durchführen.

Die Gewinner werden im November in Berlin ausgezeichnet. Als Preis erwartet Sie ein Werbepaket für die Sichtbarkeit Ihres herausragenden Engagements. Bewerbungsschluss ist der 30. Juni. Weitere Informationen: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/MORO/Studien/2017/erfolgreich-ernetzt/05-wettbewerb.html?nn=410556>

Global Connect 2018

Das Internationalisierungsforum „Global Connect 2018“ am 20. Juni in Stuttgart bietet neben zahlreichen Fachvorträgen zu Spezialthemen oder Ländern eine Kooperationsbörse, an der Unternehmen und Berater aus mehr als 50 Ländern teilnehmen. Informationen und die Möglichkeit zum Gratisticket erhalten Thüringer Unternehmen beim Enterprise Europe Network in der Industrie- und Handelskammer Erfurt. Mehr Infos unter: <https://bit.ly/2JCoGy9>

Bundeswettbewerb Ökologischer Landbau

Möchten auch Sie mit der Innovationskraft Ihres Betriebs neue Wege und Felder für die ökologische Landwirtschaft bereiten? Dann beteiligen Sie sich am Bundeswettbewerb Ökologischer Landbau 2019 und überzeugen Sie die Jury mit Ihren Ideen und Innovationen! Neuartige Betriebskonzepte können bis zum 29. Juni eingereicht werden. Die ausgewählten Sieger erhalten ein Preisgeld von bis zu 7500 Euro. Weitere Informationen gibt es hier: <https://bit.ly/2oQ5Jfe>

Service und Termine

★ Neue Rechte bei Pauschalreisen

Kakerlaken im Zimmer? Baustelle statt Pool? Zug zum Flug verspätet? Dank der EU haben Sie Rechte, wenn Sie eine Pauschalreise gebucht haben. Diese ändern sich zum 1. Juli. Dann gelten europaweit einheitliche Vorschriften. Was sich ändert und wie Sie zu Ihrem Recht kommen, erklärt die neue, kostenlose Broschüre „Auf Pauschalreise durch Europa – Ihre Rechte kurz und knapp“ des Europäischen Verbraucherzentrums Deutschland. Hier steht Ihnen die Broschüre als Download zur Verfügung: <https://bit.ly/2JM62jy>

★ Advanced Grants 2018

Der Europäische Forschungsrat hat die Ausschreibung für die Advanced Grants 2018 geöffnet. Bewerben können sich erfahrene Wissenschaftler/innen aller Fachrichtungen, die in den vergangenen zehn Jahren wissenschaftliche Spitzenleistung hervorgebracht haben. Das Budget pro Projekt beträgt maximal 2,5 Millionen Euro, in Ausnahmefällen können bis zu 3,5 Millionen Euro beantragt werden. Die Projekte haben eine maximale Laufzeit von fünf Jahren. Der Call hat ein Budget von 450 Millionen Euro. Damit können europaweit etwa 194 Advanced Grants vergeben werden. Einreichungsfrist ist der 30. August. Mehr Infos unter: <https://bit.ly/2IJYEol>

★ Tagung „Kommunen sagen Ja zu Europa“

Am 1. Oktober findet in Hannover die Tagung „Kommunen sagen Ja zu Europa“ statt. An Mitarbeiter/innen kommunaler Verwaltungen aus den Fachbereichen Internationales, Städtepartnerschaften sowie an Akteure aus der Jugendarbeit und Bildung gerichtet, informiert die kostenlose Veranstaltung über die EU-Programme Erasmus+ mit den Bereichen „Jugend in Aktion“, Berufliche Bildung und Erwachsenenbildung, sowie »Europa für Bürgerinnen und Bürger«. Auch Projekte, die durch Vernetzung, Verbindung lokaler und regionaler Strategien und aktuelle

thematische Ausrichtungen ihre transnationale Kooperation attraktiv und nachhaltig gestalten, stehen auf dem Programm. Eine Anmeldung ist erforderlich. Weitere Infos unter: <https://bit.ly/1p4ttEq>

★ Europäischer Nachhaltigkeitspreis

Die EU-Kommission lobt zum ersten Mal einen Europäischen Nachhaltigkeitspreis aus, um den Einsatz und die Kreativität europäischer Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Organisationen im Bereich Nachhaltigkeit zu honorieren. Die Auszeichnung soll inspirierende Initiativen bekannt machen, mit denen die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung in konkrete Lösungen und Chancen umgesetzt werden. Der Preis ist rein ideell, doch er sorgt für hohe Sichtbarkeit in Form von öffentlichem Interesse und verstärkter Berichterstattung zum Thema. Bewerbungsschluss ist der 14. September. Mehr Infos unter: <https://bit.ly/2JHIOE9>

★ E-Twinning-Seminar „Spain, Poland and Germany“

Speziell für Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen findet ein eTwinning-Seminar in Hannover vom 8. bis 10. November statt. Ziel ist es, eTwinning kennenzulernen und Partnerschaften zu Schulen in Polen und Spanien aufzubauen. Anmeldeschluss ist der 27. August. Weitere Infos unter: <http://www.kmk-pad.org/geposp>

★ Wettbewerb „DenkT@g“

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat den bundesweiten Wettbewerb „DenkT@g“ gestartet. Unter dem Motto „Hinschauen, Einmischen, Mitgestalten“ sind Jugendliche von 16 bis 22 Jahren dazu aufgerufen, sich mit dem Holocaust und der NS-Diktatur, aber auch mit heutigen Formen von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus auseinanderzusetzen. Einsendeschluss ist der 31. Oktober. Mehr Informationen finden Sie unter: <http://www.denktag.de/>

Für Sie in Europa

Impressum

Dr. Dieter-L. Koch, MdEP
Europabüro
Frauenplan 8
99423 Weimar

Tel. 03643 50 10 07
Fax 03643 50 10 71
www.europaabgeordneter.eu
info@europaabgeordneter.eu
www.facebook.com/europaabgeordneter



CDU